



05.10

Editorial

Gesellschaft

Erste Gesamtanalyse zur Philanthropie in der Schweiz
Was Kinder über Familie, Gesellschaft und Krisen denken

Demographie

Fachkräftemangel und demographischer Wandel bis 2020
Orientierungshilfe zum Umgang mit dem Alter

Gesundheitswesen

Entwicklung der Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern

Management

Risikomanagement in deutschen Unternehmen

Umwelt

Regionaler Klimaatlas für Deutschland

Kommunikation

Studie zur Verschmelzung von realer und virtueller Welt

Materialien

Alt, Franz / Spiegel, Peter: Gute Geschäfte

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der zunehmende Verdrängungswettbewerb auf dem Spendenmarkt führt zu steigenden Fundraisingkosten. In nur zwanzig Jahren haben sich z. B. die Kosten für die Neuspendergewinnung real verzehnfacht. Hinzu kommt, dass einmal gewonnene Spender schneller als früher wieder abspringen. Daraus resultiert eine steigende Unsicherheit bei den Fundraisern. Die zentrale Frage lautet: Wie kann ein begrenztes Budget im Fundraising so investiert werden, dass der Gesamterlös für die Organisation mittel- und langfristig maximiert wird?

Wie so oft im Fundraising könnte der angelsächsische Raum Anregungen geben, wie man mit diesen Fragestellungen umgeht. Die USA z. B. waren bereits in den 90er Jahren mit den genannten Problemen konfrontiert. Im Auftrag der Fundraising-Verbände aus Deutschland, Österreich und der Schweiz hat Prof. Dr. Michael Urselmann, Fachhochschule Köln, im vergangenen Jahr eine Studie zum Thema „Fundraising als komplexes Optimierungsproblem“ durchgeführt, für die 25 britische und US-amerikanische Fundraising-Experten in Form qualitativer Interviews befragt wurden. Ein aus den Ergebnissen der Umfrage entwickeltes Modell für das Fundraising der Zukunft stellte Urselmann auf dem Deutschen Fundraising Kongress am 16. April 2010 in Fulda vor.

Die Studie geht davon aus, dass Fundraising als Optimierungsproblem im mathematischen Sinne erfasst werden kann: Jede Fundraisingmaßnahme stellt eine Investition dar, deren Erfolg an der Rendite gemessen wird. Bisher geschieht dies jedoch selten systematisch; vielmehr werden die zur Verfügung stehenden Maßnahmen getestet und die erfolgreichen werden weitergeführt. Das im Rahmen der Studie entwickelte Modell soll als Diskussionsgrundlage zu der Frage dienen, wie Investitionsentscheidungen im Fundraising stärker als bisher objektiviert und optimiert werden können.

Das Modell sieht vor, dass ein aggregierter Return-on-Investment (ROI) aller Maßnahmen zur Gewinnung, Betreuung und Rückgewinnung von Spendern betrachtet wird, in den direkte und indirekte Kosten einbezogen werden. Dieser sollte jahresbezogen für jede einzelne Stufe der Spenderpyramide ermittelt werden. Erste Schätzungen hätten ergeben, dass der ROI bei der Erstspendergewinnung unter 1 liegen wird, da die Kosten höher liegen als die Erträge. Bei Mehrfachspendern könnte der ROI bei 3, bei Dauerspendern bei 5, bei Großspendern bei 10 und bei Erbschaften und Stiftungen sogar bei 15 liegen. Rein betriebswirtschaftlich betrachtet würde man nun dort investieren, wie die größten Erträge fließen, d. h. oben an der Spenderpyramide. Dies wird jedoch im hiesigen Fundraising bisher kaum gemacht, obwohl hier große Potentiale brach liegen. Ziel müsse es sein, durch die richtige Investitionsstrategie in die verschiedenen Stufen der Spenderpyramide den „Lifetime Value“ des Spenders zu steigern, d. h. die Summe der Erlöse eines Spenders über den gesamten Betreuungszeitraum hinweg.

Optimiert werden könnte dieser Ansatz, indem der ROI für die einzelnen Stufen der Spenderpyramide nicht nur über ein Jahr errechnet wird, sondern im rollierenden Fünf-Jahres-Durchschnitt (d. h. immer der letzten fünf Jahre). Investiert werden sollte dann in die Stufen der Pyramide, deren rollierender Fünf-Jahres-Durchschnitt optimal ist. Das klingt zunächst recht abstrakt, wird mit konkreten Zahlen aber schnell anschaulich.

Urselmann machte deutlich, dass das vorgestellte Optimierungsmodell eine Diskussionsgrundlage darstellen soll, deren kontinuierliche Weiterentwicklung erforderlich sei. So müsste man sich z. B. auf gemeinsame aussagekräftige Kennzahlen verständigen und eine einheitliche Berechnungsformel entwickeln. Auch seien z. B. Unternehmensspenden sowie Sach- und Zeitmittel mit zu berücksichtigen. Insgesamt handele es sich um ein Projekt mit einem Zeithorizont bis 2020, dessen Ziel es sei, eine neue Stufe in der Professionalisierung des Fundraisings zu erreichen.

Wir sind überzeugt davon, dass hier ein zukunftsfähiger Ansatz präsentiert wurde.

Ihre Redaktion

Die Studie steht Mitgliedern des Deutschen Fundraising Verbandes als pdf zum kostenlosen Download unter www.fundraisingverband.de zur Verfügung. Nicht-Mitglieder können die Studie unter <http://www.fundraisingverband.de/index.php?id=15> gegen eine für EUR 29,00 bestellen.

Gesellschaft

Erste Gesamtanalyse zur Philanthropie in der Schweiz

Erstmals haben Prof. Dr. Georg von Schnurbein und Steffen Bethmann (Universität Basel, Centrum für Philanthropie und Stiftungswesen) alle verfügbaren Daten zum philanthropischen Engagement in der Schweiz zusammengestellt und zu einem Gesamtbild verknüpft, um so den gesellschaftlichen Nutzen von Philanthropie zu ermitteln und „das Verständnis von Philanthropie als private freiwillige Handlung für einen gemeinnützigen Zweck“ zu festigen.

Spenden und Freiwilligenarbeit

Nach Schätzung der Autoren werden in der Schweiz pro Jahr für gemeinnützige Zwecke rund 3 Milliarden Franken (CHF) gespendet. 1,3 bis 1,6 Mrd. CHF stammten von Privatpersonen. In dieser Summe enthalten seien auch die „Erbchaften und Legate“. 0,8 bis 1,0 Mrd. CHF aller Spendenmittel stammten von Unternehmen. 1 bis 1,5 Mrd. CHF seien Fördergelder von Stiftungen. Der Gesamtwert der Freiwilligenarbeit für gemeinnützige Zwecke könne auf jährlich 31 Milliarden Franken geschätzt werden. Das entspreche 700 bis 750 Millionen Stunden, in denen sich Menschen „freiwillig für das Gemeinwohl einsetzen“. Unternehmen förderten das freiwillige Engagement ihrer Mitarbeiter durch Freistellungen oder flexible Arbeitszeiten. Zum Gesamtwert der Sachspenden für gemeinnützige Zwecke habe man keine verlässlichen Angaben ermitteln können. Umfragen zufolge stelle ein recht großer Prozentsatz von Unternehmen Produkte oder technische Infrastruktur für gemeinnützige Projekte zu Verfügung.

Wer leistet Freiwilligenarbeit?

Erhebungen zeigten, dass 25,3 Prozent der Wohnbevölkerung der Schweiz (im Alter über 14 Jahre) „formelle Freiwilligenarbeit“ in Organisationen und Vereinen leiste. Zusätzlich nähmen 25,7 Prozent der Bevölkerung „informell“ an der Freiwilligenarbeit teil. Also engagiere sich mehr als die Hälfte der Schweizer Wohnbevölkerung freiwillig für gemeinnützige Zwecke. Männer beteiligten sich an „formell freiwilligen Tätigkeiten“ (z. B. Nachbarschaftshilfen) zu 29,9 Prozent, Frauen zu 20,9 Prozent. Im „informellen Engagement“ seien die Frauen mit 28,5 Prozent aber „bedeutend aktiver“ als die Männer (16,9 Prozent). Dieser Unterschied finde vor allem „in den Sozialisationsunterschieden“ seine Begründung. So hätten Männer („wie in der Wirtschaft“) leichteren Zugang zu Führungsaufgaben in gemeinnützigen Organisationen, „hier insbesondere in Sportvereinen und Verbänden“, während Frauen vor allem im Erziehungs- und Sozialbereich tätig seien. „Höher gebildete Menschen“ hätten mehr Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten in einem organisatorischen Rahmen einzusetzen und würden auch öfter um Hilfe gebeten als weniger Qualifizierte. „Informelle freiwillige Tätigkeiten“ seien meistens nicht abhängig „von einem gewissen Bildungsniveau“ und könnten somit „von fast allen Freiwilligen“ geleistet werden. Die Gruppe der 40- bis 54-Jährigen sei bei „formellen Tätigkeiten“ mit ca. 32 Prozent am aktivsten. Im „informellen Bereich“ engagiere sich die Gruppe der 65- bis 74-Jährigen mit ca. 32 Prozent besonders stark.

Vielfältige Motive

Die Motive für philanthropisches Handeln seien „mehrdimensional“. Die „Selbstverwirklichung“ und „gemeinnütziges Engagement für das Wohl anderer“ müssten dabei nicht im Widerspruch zueinander stehen. Eine „Integration in soziale Netzwerke, das Verlangen, durch Engagement etwas zu lernen oder eigenhändig an der Lösung von Problemen zu wirken“ seien oft wirkungsvollere Antriebe „als soziale Obligationen oder Belohnungen für gutes Handeln“. Auch wenn „sozialer Druck“, z. B. in Form von religiösen Normen oder der „Gruppendynamik einer Gemeinschaft“, Auslöser für Philanthropie sein könnten, so liege „die Mehrzahl philanthropischer Handlungen in dem aktiven Gestaltungswillen und der menschenfreundlichen Moralvorstellung der handelnden Person begründet“.

In ältere Untersuchungen (2001) seien die „Motive der formell Freiwilligen“ wie folgt gruppiert worden (in Prozent):

Motiv	Frauen	Männer
Spaß an der Tätigkeit	86,9	81,5
mit Anderen etwas bewegen	76,6	72,4
anderen Menschen helfen	75,6	61,5
mit anderen Menschen zusammenkommen	63,9	59,3
eigene Kenntnisse u. Erfahrungen erweitern	66,0	55,3
Verantwortung u. Entscheidungsmöglichkeiten haben	52,4	52,0
Anerkennung	27,2	23,6
besseres Ansehen/Image für die Tätigkeit	25,8	24,7
Glaube	33,5	20,7
Probleme selbst in die Hand nehmen	18,5	17,6
Nutzen für die berufliche Laufbahn	14,9	12,3

Die „Motivbündel“ für philanthropische Handlungen seien aber je Akteur ganz unterschiedlich zusammengesetzt.

Nonprofit-Organisationen

Insbesondere die „Fremdleistungs-NPO“ (wie Hilfswerke oder Wohlfahrtsinstitutionen) könnten als philanthropische Akteure bezeichnet werden, denn sie fördern, unterstützen und helfen anderen Organisationen oder Menschen durch die Erbringung spezifischer Dienstleistungen. Auf Grund der „Dominanz von Sachzielen und der Nichtausschüttung von Gewinnen“ seien ihre Aktivitäten nicht durch eigennützige Motive geprägt. Spenden und freiwilliges Engagement ermöglichten vielen NPO überhaupt erst, tätig zu werden. Die Gesamteinnahmen der 431 Organisationen, denen das Gütesiegel der „Schweizerischen Zertifizierungsstelle für gemeinnützige, Spenden sammelnde Organisationen“ (ZEWO; <http://www.zewo.ch/>) verliehen worden ist, bestünden zu über einem Drittel aus Spenden. 2008 hätten bei diesen Organisationen 68.000 Personen 4,84 Millionen Stunden Freiwilligenarbeit geleistet.

Quo vadis Philanthropie?

Es habe sich ein Verständnis von Philanthropie etabliert, nach dem „freiwilliges Engagement als eine Art sozialer Kitt der Gesellschaft fungiert, Gemeinsinn generiert, soziale Integration bewirkt und einen Ausdruck von bürgerschaftlicher Verantwortung darstellt“. Dem Staat obliege es in diesem Sinne, „Philanthropie durch die Setzung von geeigneten Rahmenbedingungen zu unterstützen“. Es liege in seinem ureigensten Interesse, philanthropisches Engagement zu fördern.

„Schlummernde Potenziale“ sehen die Autoren in der effektiven Verwendung von finanziellen Mitteln, in der weiteren Förderung des freiwilligen Engagements, beim philanthropischen Engagement von Unternehmen und in der gesellschaftlichen Wirkung von Stiftungen. Auch auf die Forschung kämen erhebliche Aufgaben zu. So müsse die Forschung über den Dritten Sektor entsprechend erweitert, die internationale Dimension des Nonprofit-Sektors stärker beachtet, die Frage nach dem Nutzen der Philanthropie neu gestellt, die Rolle des Staates in diesem Zusammenhang sowie die Evaluation gemeinnütziger Leistungen genauer analysiert werden. Die empirische Forschung zu den Teilbereichen der Philanthropie in der Schweiz stehe erst am Anfang ihrer Entwicklung.

Aus der Gesamtheit aller Akteure, die das freiwillige, gemeinnützige Engagement unterstützen, haben die Autoren die „Philanthropische Infrastruktur“ der Schweiz zusammengestellt. Diese Übersicht weise allerdings „auch einige weißen Flecken“ auf, „die bisher kaum oder gar nicht abgedeckt werden.“

Der gesamte Untersuchungsbericht von Prof. Dr. Georg von Schnurbein und Steffen Bethmann (Universität Basel, Centrum für Philanthropie und Stiftungswesen) zur „Philanthropie in der Schweiz“ (60 S.) ist im Internet unter <http://ceps.unibas.ch/forschung/publikationen/> zu finden.

Was Kinder über Familie, Gesellschaft und Krisen denken

Was erwarten Kinder für ihre Zukunft? Was beunruhigt sie? Wie nehmen sie krisenhafte Zeiten wahr? Das Familienmagazin „ELTERN FAMILY“ (<http://www.eltern.de/family>) sucht mit einer repräsentativen Studie Antworten auf diese Fragen und hat vom Marktforschungsinstitut iconkids & youth international research GmbH, München (<http://www.iconkids.com/>) über 700 Kinder im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren und deren Mütter dafür „face-to-face“ befragen lassen.

„Was beschäftigt Dich am meisten, wenn Du über die Welt nachdenkst?“

Auf diese Anfangsfrage hätten 60,2 Prozent geantwortet: „Die vielen armen Kinder, denen es nicht gut geht“. Für 44,3 Prozent sei Arbeitslosigkeit das bewegende Thema. 39,8 Prozent seien besorgt wegen des Krieges in Afghanistan. 39,7 Prozent nannten hier „Die Gewalt an Schulen“. Dass sich mit dem Klimawandel auch die Natur und das Leben auf der Erde verändern könnten, beängstige rund ein Drittel (31,7 Prozent).

Umgang mit dem Klimawandel

Direkt auf die Klimaveränderungen angesprochen, hätten 64,6 Prozent der Kinder ihre Angst zum Ausdruck gebracht, „dass die Menschen die Erde zerstören“. Aber die Kinder würden nicht über diese Gefahr nachdenken, sie würden auch etwas dagegen tun: Die überwiegende Mehrheit (59,9 Prozent) trenne den Müll; 46,4 Prozent versuchten, „generell wenig Müll zu verursachen“. 38,3 Prozent löschten das Licht, wenn es nicht wirklich benötigt würde. Und mehr als ein Drittel (34,3 Prozent) achte auf einen möglichst geringen Wasserverbrauch. Beim Thema „Mobilität“ siege „bei den jungen Umweltschützern“ aber die Bequemlichkeit: Lediglich 14,6 Prozent würden lieber Fahrrad als Auto fahren.

Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Angst der Erwachsenen sei „bei den Kindern angekommen“, resümieren die Autoren der Studie. Drei Viertel (76,1 Prozent) der befragten Kinder hätten der Aussage zugestimmt, dass „viele Leute Angst haben, ihre Arbeit zu verlieren“. Von den Jüngeren wisse gut die Hälfte über die Arbeitslosigkeit Bescheid, bei den Zehn- bis Zwölfjährigen seien es 86 Prozent. Dieses Wissen um die Arbeitslosigkeit färbe auf die Beurteilung der eigenen Familiensituation ab, „wobei der Schulabschluss der Eltern eine wichtige Rolle spielt“:

- Um den Arbeitsplatz von Vätern oder Müttern mit Abitur machten sich 38,6 Prozent der Kinder manchmal Sorgen.
- Haben die Eltern einen Realschulabschluss, denke schon knapp die Hälfte (48,9 Prozent) hin und wieder über deren mögliche Arbeitslosigkeit nach.
- Hätten Vater und Mutter die Hauptschule besucht, seien es sogar 54,5 Prozent.

Die Einschätzung der Kinder decke sich also „mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit“.

48 Prozent der befragten Kinder bestätigten, dass jetzt in den Familien mehr gespart werde als früher und sie sich seit der Finanzkrise mehr einschränkten. Besonders in den neuen Bundesländern werde aufs Geld geachtet. Nur 28,9 Prozent der hier lebenden Jungen und Mädchen hätten zum Ausdruck gebracht, dass ihre Eltern nicht sparen müssten, in den alten Bundesländern seien es 37,4 Prozent gewesen. 11 Prozent aller Befragten bekannten: „Meine Eltern haben oft Sorgen wegen des Geldes.“

Gewalt unter Kindern und Jugendlichen

38 Prozent der Kinder hätten „manchmal Angst, von anderen Schülern bedroht oder verprügelt zu werden“. Auch habe sich gezeigt, dass das Gewaltproblem auf westdeutschen Schulhöfen größer zu sein scheine als auf ostdeutschen“. Von Kindern, deren Eltern einen Hauptschulabschluss haben, fühle sich knapp die Hälfte (47,5 Prozent) „manchmal von Gleichaltrigen bedroht“, bei Schülern aus Familien mit anderem Bildungshintergrund sei das nur ein Drittel. Die Kinder, die körperliche Gewalt oder Mobbing beschäftigen, möchten oft etwas dagegen unternehmen.

Einfluss der Politik auf kriegerische Konflikte

64,2 Prozent aller befragten Kinder erführen aus den Nachrichten, wenn irgendwo in der Welt „etwas Schlimmes passiert“. 75 Prozent der Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren hätten Kenntnis davon, „dass in Afghanistan Krieg ist“. Von den Zehn- bis Zwölfjährigen hätten 94 Prozent erklärt, vom Afghanistan-Krieg zu wissen. Dieser Krisenherd mache der Hälfte (50,3 Prozent) aller Kinder Angst. Das Vertrauen, dass die Politik solche Konflikte lösen helfe, „wandelt sich mit dem Alter“. Bei Kindern zwischen acht und neun Jahren sei es mit 67 Prozent am höchsten. Von den Zehn- bis Zwölfjährigen glaubten noch 58,7 Prozent, dass politische Arbeit hier etwas Gutes bewirken könne. Ihnen seien ganz offenbar „durch mehr Verständnis und Bewusstsein (...) die ersten Illusionen wieder genommen“. In den alten Bundesländern sei die kindliche Zuversicht größer als in den neuen. Glaubten im Westen 61 von 100 Kindern an einen positiven Einfluss der Politik, so seien es im Osten nur 45 von 100.

Gesprächspartner der Kinder

Über „Kriege in der Welt“, „eigene Zukunftspläne“, über die „Finanzkrise“ und Ähnliches sprächen die Kinder „am liebsten mit den Eltern“. Nur das Thema „Gewalt in der Schule“ werde öfter mit Lehrern und Mitschülern besprochen. Das sei nicht überraschend, „weil es Teil des Unterrichtes ist“. Ganz anders verhalte es sich bei „Zukunftsvorstellungen“. Dazu unterbreiteten „zumindest Schulen in den alten Bundesländern“ offenbar wenig Gesprächsangebote: Nur 29 Prozent der Schüler erklärten, dass sie darüber mit Lehrern und Mitschülern redeten. In den neuen Bundesländern seien es immerhin 40 Prozent gewesen.

Vorstellungen zur eigenen Zukunft

79,8 Prozent der Kinder hätten bekannt: „Ich werde eine eigene Familie haben“. Für Mädchen sei dieser Gedanke selbstverständlicher als für Jungen (85,5 Prozent – Mädchen; 74,5 Prozent – Jungen). Um ihre Finanzen im Erwachsenenalter sorgten sich die Kinder kaum. 81,9 Prozent von ihnen hätten erklärt: „Ich werde später genug Geld verdienen, um davon leben zu können.“ Lediglich 6,7 Prozent hätten in diesem Zusammenhang mit „ich weiß nicht“ geantwortet.

„Wie schön, dass sie geborene Optimisten sind!“ Das schreiben die Autoren der Studie. Auch wenn die Kinder „einen realistischen Blick auf die Krisenbaustellen der Welt“ hätten, so seien sie „doch voller Zuversicht. Vor allem, wenn es um Dinge geht, die sie selbst in der Hand haben - wie Arbeitsstelle und Familiengründung“. Sechs- bis Zwölfjährige, die in den neuen Bundesländern aufwachsen, seien „nicht ganz so optimistisch wie Kinder aus dem Westen“. Die dächten zu 83,4 Prozent, dass sie später für sich sorgen könnten. Im Osten seien das nur 72,2 Prozent - „was aber immer noch eine deutliche Mehrheit ist“.

Ein ausführlicher Bericht (5 S.) und das gesamte Zahlenmaterial zur Umfrage (38 Blatt) finden sich unter <http://www.eltern.de/schulkind/erziehung-und-entwicklung/umfrage-kinder-und-krise.html> im Internet.

Demographie

Fachkräftemangel und demographischer Wandel bis 2020

Unternehmen müssen neue Wege gehen, um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Rückkehrer in den Beruf, ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund müssen deshalb stärker in den Blickpunkt der Überlegungen rücken. Entsprechende Lösungsansätze finden sich im Teil II des Gutachtens „Fachkräftemangel und demographischer Wandel bis 2020“, das der Fachbereich Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung der Region Hannover im Jahr 2007 bei einem Projektteam der NORD/LB, des Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) und des Zentrums für Sozialforschung Halle in Auftrag gegeben hat. Im ersten Teil des Gutachtens (118 S.), der im Jahr 2008 präsentiert wurde (http://www.unternehmerbuero-hannover.de/dl_veroeffentlichung.html), wurde nachgewiesen, dass sich der Fachkräftemangel in der Region bereits spürbar ankündigt.

Es sei „heute schon vorprogrammiert“, so stellten die Gutachter fest, dass spätestens in 15 Jahren, wenn der demographische Effekt „richtig durchschlägt“ und durch geringeres Nachwachsen jüngerer Altersgruppen das Erwerbspersonenpotenzial in der Region „deutlich zurückgehe“, ein „erhebliches Defizit bei jüngeren und mittleren Altersgruppen sowie Beschäftigungseingänge vor allem bei hoch qualifizierten Kräften (in unternehmensnahen Dienstleistungen, im Bildungsbereich, bei Ingenieuren und im Gesundheitswesen)“ auftreten werden. Insgesamt rechneten die Gutachter für den Zeitraum von 2007 bis 2020 mit einem Rückgang von 12.000 Erwerbspersonen (oder 2 Prozent). Nach 2020 werde sich dieser Trend „sogar noch deutlich beschleunigen“.

Im Teil I des Gutachtens war auch geschlussfolgert worden, „dass kleine und mittlere Unternehmen die Fachkräftengpässe am ehesten zu spüren bekommen“. Deshalb hat das Projektteam für den jetzt vorliegenden Teil II des Gutachtens eingehender untersucht, ob und wie diese Unternehmen bereits vom Fachkräftemangel betroffen sind und welche Strategien dagegen „Wirkung versprechen“. In die Untersuchung seien rund 300 kleine und mittlere Unternehmen („vor allem aus wissensintensiven Branchen“) einbezogen worden.

Personalengpässe bei KMU

Die Gutachter berichten, dass für rund zwei Drittel aller befragten Unternehmen „die Personalsuche in den letzten Jahren schwieriger geworden“ sei. Jeder vierte Betrieb habe offene Stellen zuletzt nicht mehr besetzen können. Weitere 25 Prozent der Betriebe hätten von erheblichen Schwierigkeiten bei der Besetzung berichtet, vor allem bei Stellen für Hochqualifizierte und für Facharbeiter. Nach Auskunft der Betriebe werde es zudem immer schwieriger, gute Auszubildende zu finden. Vor allem in den kleineren Unternehmen (bis 49 Mitarbeiter) habe man zum Zeitpunkt der Befragung bereits einige Ausbildungsplätze nicht mehr vergeben können. Über ein Viertel der befragten Betriebe gebe an, dass die Bewerberzahlen in letzter Zeit gesunken seien. Jeder fünfte Betrieb rechne damit, dass die Zahl der Bewerber für einen Ausbildungsplatz in den nächsten Jahren noch knapper werde.

Unabhängig von der Entwicklung der Zahl der Auszubildenden stellten zahlreiche Unternehmen „das qualitative Angebot an Bewerbern in den Vordergrund der Diskussion“. Jeder zweite Betrieb mit mehr als 10 Mitarbeitern benenne als Problem bei der Fachkräftesuche „das Fehlen guter Bewerber für die Ausbildung“. Bewerber auf Ausbildungsplätze verfügten „zunehmend über

schlechtere Schulbildung und kommen immer häufiger aus schwierigen sozialen Verhältnissen". Viele Bewerber hätten bereits vor Ausbildungsbeginn diverse Qualifizierungsprogramme oder Praktika durchlaufen und „keine klare berufliche Zielvorstellung“. Das Durchschnittsalter der Bewerberinnen und Bewerber steige.

In Berufsgruppen, „die über ein weniger gutes Image verfügen oder sich durch unattraktive Entgelte und Arbeitsbedingungen auszeichnen“, gebe es bereits heute einen Mangel an Bewerbern. Dies gelte sowohl für qualifizierte Fachkräfte als auch für Ausbildungsplatzbewerber. „Das schlechte Image bzw. die mangelnde Attraktivität“ bestimmter Pflege- und Gesundheitsberufe zum Beispiel werde dazu führen, „dass der Fachkräftemangel hier deutlich stärker wirksam wird“.

Mangelnde Strategiefähigkeit von KMU

Die Gutachter konstatieren, dass nur die wenigsten kleinen und mittleren Unternehmen eine wirklich vorausschauende, strategische Personalplanung betreiben. Lediglich „einige versierte Betriebe analysieren die Altersstrukturen ihrer Belegschaften und ziehen daraus Schlussfolgerungen für die eigene Personalplanung“. Die Mehrzahl der KMU reagiere auch in Zeiten des Aufschwungs „generell situativ“. Der demographische Wandel und der daraus resultierende Fachkräftemangel würden von den Unternehmen „vielfach unterschätzt bzw. aufgrund fehlender Ressourcen nicht im Sinne einer strategischen Planung aktiv angegangen“.

Zahlreiche Unternehmen würden aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre einfach auf die Zukunft schließen. Unternehmen, die in der Vergangenheit ohne Schwierigkeiten Fachkräfte für sich gewinnen konnten, erwarteten auch für die Zukunft keine Schwierigkeiten. Es bestehe also die Gefahr, dass zahlreiche Unternehmen von der tatsächlichen Entwicklung überrascht werden. „Bei nicht rechtzeitiger Anpassung der Personalplanung an die Entwicklungen des Arbeitsmarktes ist ein zunehmender Kampf um die wenigen Fachkräfte zu erwarten, der durch Abwerbungen, Ungleichgewichte im Lohngefüge oder sonstige (im)materielle Anreize geprägt sein wird.“

Chance: Höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen

Bereits in den letzten Jahrzehnten habe man bei Frauen eine Zunahme der Erwerbsquote verbuchen können. Die „höhere Erwerbsneigung jüngerer Jahrgänge“ habe wesentlich dazu beigetragen. Zudem sei eine steigende Qualifikation der Frauen festzustellen. Ein großes Potenzial könne auch durch eine weitere Verringerung der Anteile von Teilzeiterwerbstätigkeiten erschlossen werden. Derzeit befänden sich mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen mit Kindern in einer Teilzeitbeschäftigung.

Für eine verstärkte Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt nach einer Familienphase sollten vor allem folgende strategische Ansätze verfolgt werden:

- **spezifische Qualifizierungsmaßnahmen**, für die die KMU eine enge Kooperation mit Bildungs- und Qualifizierungseinrichtungen und der Arbeitsagentur anstreben müssten;
- **der Einsatz von Mentoren**, die den Frauen die neuen Aufgaben und die innerbetrieblichen Abläufe erläuterten und ihnen bei ihrer Einarbeitung helfen;
- **flexible Übergangsregelungen**, die Frauen den Wiedereinstieg nach der Familienphase erleichterten;
- **flexible Arbeitszeitmodelle**, damit Eltern Familien- und Berufsarbeit besser miteinander vereinbaren könnten;
- **Arbeitszeitkonten sowie die Flexibilisierung des Arbeitsortes** (Einrichtung von Home Offices), die ermöglichten, der beruflichen Tätigkeit parallel zu Aufgaben in der Familie (Kinderbetreuung, Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger) nachzugehen;
- **Unterstützung bei der Kinderbetreuung**;
- **Praktikumsangebote**, mit deren Hilfe junge Mädchen frühzeitig für eine Ausbildung in technischen und naturwissenschaftlichen Fächer gewonnen werden könnten.

Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der schrittweisen Abschaffung staatlich subventionierter Vorruhestandsregelungen komme der Beschäftigung älterer Arbeitnehmer „eine neue Rolle“ zu. Bereits in den vergangenen zehn Jahren sei der Anteil der Berufstätigen unter den 55- bis 64-Jährigen um 10 Prozentpunkte (auf 48 Prozent) erhöht worden.

Neben einer gezielten Anwerbung älterer Arbeitnehmer sollten die KMU Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und auch zur Wiedereingliederung älterer Arbeitskräfte in das Berufsleben folgendes initiieren:

- **spezifische Qualifizierungsmaßnahmen**, für die – wenn sie nicht innerhalb betrieblicher Schulungen erbracht werden können – eine enge Kooperation mit Bildungs- und Qualifizierungseinrichtungen und der Arbeitsagentur angestrebt werden müssten;
- **ein Erschließen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten** innerhalb der Betriebe, die für Ältere geeignet sind und auf deren Berufserfahrung aufbauten (z. B. administrative Tätigkeiten oder als Ausbilder);
- **eine verstärkte Gesundheitsförderung**, wie etwa das Angebot von Gesundheitsschulungen oder Trainingseinheiten und die Einräumung von Zeitbudgets zur Teilnahme an externen Angeboten;
- **Teamarbeit**, die ältere Arbeitnehmer entlaste und zugleich dem Abfluss von Fachwissen vorbeugen solle, indem sie als wesentliche Basis für die Weitergabe von Wissen dient.

Integration von Migranten in den Arbeitsprozess

Die Altersgruppen der unter 15jährigen in Familien mit Migrationshintergrund seien „deutlich stärker besetzt“ als bei der Gesamtbevölkerung. Zudem sei die Erwerbstätigenquote bei Migranten zwischen 1982 und 2006 um 15 Prozentpunkte zurückgegangen. Allerdings sei auch der Anteil von Personen mit niedrigem oder nicht anerkanntem Qualifikationsniveau bei ihnen „nach wie vor sehr hoch“. Viele ausländische Jugendliche könnten aufgrund geringer Schulbildung nur schwer auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen. Dieses Arbeitskräftepotenzial gelte es im Zuge des demographischen Wandels stärker zu erschließen, was „von vielen Unternehmen jedoch noch nicht erkannt“ werde.

Für eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung derjenigen Mitbürger mit Migrationshintergrund, die bereits über einen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen, halten die Experten folgende strategische Ansätze für besonders bedeutsam:

- Wichtig sei die **rechtzeitige Information** der betreffenden Jugendlichen über die Bedeutung der Qualifikation für eine Erwerbsbeteiligung. Dafür sollten die KMU in Kooperation mit Schulen und Berufsschulen die ausländischen Jugendlichen bereits während der Schulzeit für eine Ausbildung im Betrieb gewinnen. Der Maßnahmenkatalog reiche von der Präsentation der Unternehmen in den Schulen über das Angebot von Berufspraktika bis hin zur Förderung von Studienplätzen und Hochschulabschlüssen für junge Migranten.
- Die Integration ausländischer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt erfordere **spezifische Qualifikationsmaßnahmen**. Insbesondere vor dem Hintergrund oft fehlender Sprachkenntnisse sei zunächst eine Unterstützung bei der Durchführung von Sprachkursen (Vermittlung der Kurse, finanzielle Unterstützung, Zeitbudgets) zu empfehlen. Dabei könne eine betriebsnahe Qualifikation durch Praktika effektiver sein als eine rein schulische Fortbildung.
- Da ausländische Arbeitskräfte nicht selten mit einer Schwellenangst gegenüber deutschen Behörden kämpften, sei der **Einsatz von Mentoren** sinnvoll. Sie sollten die neuen Kollegen in die innerbetrieblichen Abläufe einführen und sie auch bei der Erledigung von Behördengängen und Formalitäten (u. a. Anerkennung von Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden) begleiten.

Befähigung Geringqualifizierter erhöhen

In Deutschland stehe nur jeder Dritte im erwerbsfähigen Alter, der nicht über einen Berufsabschluss verfügt, tatsächlich im Berufsleben. Allerdings sei nicht damit zu rechnen, „dass Geringqualifizierte vom demographischen Wandel profitieren bzw. zur Entlastung des drohenden Fachkräftemangels beitragen werden“. Viele Unternehmen in der Region Hannover könnten sich zwar vorstellen, vermehrt Arbeitnehmer mit fehlender Berufserfahrung einzustellen, ein Kompromiss hinsichtlich der formalen Ausbildung komme für die Mehrzahl der Betriebe jedoch nicht in Frage. Zu einer stärkeren Einbindung Geringqualifizierter in den Arbeitsmarkt bedarf es „umfangreicher Qualifizierungsmaßnahmen, die vor allem durch die Bildungsinstitutionen der Region zu tragen sind“.

Viele KMU in der Region Hannover werden künftig auch stärker auf „Erwerbspersonenpotenzial“ aus der Gruppe Geringqualifizierter zurückgreifen müssen, prognostizieren die Experten. Das müsse mit „offensiven Qualifizierungsmaßnahmen“ einhergehen:

- Wichtige Voraussetzung sei eine **frühzeitige Abstimmung spezifischer Qualifikationsansprüche** der KMU mit den Trägern von Qualifizierungsmaßnahmen. Die KMU sollten nach Möglichkeit auch die Weiterbildungsmaßnahmen für An- und Ungelernte mit Praktikumsangeboten unterstützen. Zudem sollten Arbeitsagenturen, Kammern und Verbände ihre Schulungsprogramme an die geforderten Qualifizierungen anpassen. Eine aktive Teilhabe der Unternehmen an der Ausgestaltung von Weiterbildungsangeboten (etwa die Übernahme von Dozentenaufgaben) sei von Vorteil.
- Eine **Erleichterung des Einstiegs** Geringqualifizierter bei KMU durch eine arbeitsplatzrelevante Einarbeitung zunächst im Rahmen von Praktika werde dringend empfohlen. Überdies könne eine fachspezifische Einarbeitung in Form von Teamarbeit vorgesehen werden. Das Erfahrungswissen langjähriger Mitarbeiter werde bei einer solchen Teamarbeit an Geringqualifizierte weitergegeben.

Diese strategischen Ansätze zur Gewinnung neuer Arbeitskräfte müssten in einem ganzen Katalog von Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung, zur Erhöhung der Standortattraktivität und zur Bindung von Fachkräften an die Betriebe ihre Ergänzung finden. Die Experten entwickeln dafür entsprechende Ansätze und geben den regionalen Akteuren zahlreiche spezifische Handlungsempfehlungen.

Bedeutung von Netzwerken

Alle operativen und strategischen Handlungsfelder in den KMU müssten mit der „demographischen Brille“ betrachtet werden, damit solche Lösungen erarbeitet werden können, die die Unternehmen „demographiefest machen“. Da die Herausforderungen des demographischen Wandels aber in vielen Unternehmen nur unzureichend thematisiert würden und es kaum zum Wissensaustausch zwischen den Unternehmen komme, sollte über Netzwerke der Austausch von Unternehmen gefördert werden.

Unter den neun im Gutachten vorgestellten Netzwerken befindet sich das Netzwerk „Demographische Entwicklung und betriebliche Antworten“, das als Verbund von Akteuren aus Verwaltung, Verbänden, aber auch Unternehmen der Region Hannover (DGB, Region Hannover, IG Metall Hannover, Deutsche Messe AG) geschaffen worden sei. Hier werde in erster Linie Wert auf die Kommunikation von Best-Practice-Beispielen gelegt. Basis dafür bildeten regelmäßige Netzwerktreffen in Betrieben. Daneben würden spezifische Vortragsreihen angeboten und öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Der Teil II des Experten-Gutachtens zum Thema „Fachkräftemangel und demographischer Wandel bis 2020. Handlungsansätze für kleine und mittlere Unternehmen in der wissensintensiven Wirtschaft in der Region Hannover“ (Kurzfassung: 43 S., Langfassung: 207 S.) findet sich im Internet unter der Adresse http://www.unternehmerbuero-hannover.de/dl_veroeffentlichung.html. Teil I des Gutachtens (60 S.) wurde im Dezember 2008 präsentiert und findet sich an gleicher Stelle.

Orientierungshilfe zum Umgang mit dem Alter

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD; <http://www.ekd.de/>) veröffentlichte unlängst eine „zukunftsweisende Orientierungshilfe“, die „inhaltlich eine neue Perspektive auf das Leben im Alter und das Altern der Gesellschaft“ bietet und zugleich Mut machen will, „die Chancen zu ergreifen, die mit dem veränderten Alter einhergehen“. Denn im Hinblick auf das Alter hätten sich grundlegende Veränderungen, die sich aber „noch nicht in einem veränderten gesellschaftlichen und kulturellen Umgang mit dem Alter widerspiegeln“ würden. Der Text mit dem Titel „Im Alter neu werden können. Evangelische Perspektiven für Individuum, Gesellschaft und Kirche“ ist von einer zwölfköpfigen Ad-hoc-Kommission unter Vorsitz von Prof. Dr. Andreas Kruse, Direktor des Instituts für Gerontologie der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, erarbeitet worden.

Veränderung der Lebensbedingungen

Die Autoren konstatieren, dass „das kalendarische Alter (...) heute kaum noch Rückschlüsse auf die Lebenssituation eines Menschen“ erlaube. Diese Aussage gelte „für die körperliche ebenso wie für die geistige Leistungsfähigkeit, für materielle ebenso wie für immaterielle Ressourcen“. Heute 70-Jährige seien „in ihrem allgemeinen Funktionsstatus den vor 30 Jahren lebenden 65-Jährigen vergleichbar“. Die Lebensphase „Alter“ erstrecke sich für viele über einen Zeitraum von zwei oder drei Jahrzehnten.

Den „größten demographischen Wandel“ erwarten die Autoren künftig in der dritten Altersphase, in der „Verletzlichkeit, Endlichkeit und Vergänglichkeit des Menschen am deutlichsten in den Vordergrund treten.“ Seien heute etwas mehr als vier Prozent der Bevölkerung 80 Jahre und älter, so würden dies ab 2045 bis 2050 etwa 14 bis 15 Prozent sein. In dieser Altersphase seien die Betroffenen verstärkt auf Unterstützung angewiesen. Obwohl sich derzeit nur etwa zwölf bis 15 Prozent älterer Menschen in dieser Phase der Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit befänden, stünden sie oft im Zentrum der öffentlichen Diskussion und prägten bei vielen noch immer das Bild vom alten Menschen. Zu dieser einseitigen Sicht auf das Alter trage „nicht zuletzt das im hohen Alter zunehmende Risiko der Demenzerkrankung bei“. In der Altersgruppe der 80-Jährigen und Älteren sei eine Demenz bei etwa einem Siebtel der Bevölkerung erkennbar, in der Altersgruppe der 90-Jährigen und Älteren bereits bei mehr als einem Drittel.

Differenzierte Betrachtung der Alterungsprozesse

Statt polarisierender Altersbilder sei eine differenzierte Betrachtung der Lebensbedingungen nötig. Altern sei mit Wachstum und Verlust, mit Entwicklungsmöglichkeiten und –grenzen verbunden. Im Falle von Erkrankungen gehe die Anpassungsfähigkeit des Organismus zurück. Die Trainierbarkeit körperlicher und kognitiver Funktionen sei nicht so stark ausgeprägt wie in früheren Lebensaltern. Das heiße aber nicht, dass sich im Alter keine Entwicklungspotenziale fänden. Wissen und Überblick sowie emotionale Widerstandsfähigkeit, „die sich in der Fähigkeit ausdrückt, auch in Grenzsituationen eine tragfähige Lebens- und Zukunftsperspektive aufrechtzuerhalten“, seien solche Potenziale. Eine besondere Bedeutung für die Lebenschancen im Alter komme der Bildung zu. „Ältere Menschen mit höherem Bildungsniveau weisen unabhängig von weiteren objektiven Lebenslagemerkmale ein geringeres Erkrankungs- und Sterblichkeitsrisiko auf.“

Zukünftig seien „vor allem die heutigen Geringverdienerinnen und Geringverdiener, die über lange Zeiträume arbeitslos gewesenen Menschen sowie viele Selbstständige“ von Altersarmut bedroht. Wer jedoch im Alter arm sei, habe „so gut wie keine Möglichkeiten, diese Situation aus eigener Kraft zu verändern. „Da Armut – bei Jung wie bei Alt – die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe behindert, die Gesundheit beeinträchtigt und das Leben verkürzt, zeichnet sich hier eine Tendenz ab, die dem bisher zu verzeichnenden Zuwachs an Potenzialen im Alter geradezu entgegenläuft.“

Zukünftige Generationen älterer Menschen, so prognostizieren die Autoren, würden „nicht mehr in gleichem Umfange“ wie das bisher noch der Fall sei, „von innerfamiliären Unterstützungsleistungen profitieren können“. Heute würden fast 70 Prozent der Menschen mit Hilfe- oder Pflegebedarf zu Hause durch Familienangehörige versorgt. „Mit dem deutlichen Rückgang der durchschnittlichen Kinderzahl und der Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern nehmen die familiären Unterstützungspotenziale (...) ab.“

Neue Bedürfnisse und Herausforderungen

Wenn viele Menschen nach dem Übergang in den Ruhestand bei guter Gesundheit und Leistungsfähigkeit „noch viele Jahre vor sich haben“, dann sei damit zu rechnen, dass sich ihre Bedürfnisse („auch ihre religiösen“) veränderten und sich stärker am Leben orientierten. Sicherlich werde „das Bewusstsein der eigenen Begrenztheit und Endlichkeit“ in diesem Lebensabschnitt bestehen bleiben, „doch die meisten suchen stärker als früher danach, wie sie die neuen Möglichkeiten sinnvoll nutzen können und etwas Neues beginnen können – für sich selbst und für andere. Sie möchten in ihren Potenzialen – und nicht nur in ihren Grenzen – angesprochen werden und sich entsprechend engagieren.“ Dabei werde deutlich, „dass die Stärken des Alters (wie auch jeder anderen Lebensphase) nicht allein in nach außen gerichteter Aktivität – wie zum Beispiel im Engagement für andere –, sondern auch in nach innen gerichteter Aktivität – der Weiterentwicklung der Persönlichkeit vor dem Hintergrund der in der Biographie gewonnenen Erfahrungen – liegen.“ Daraus könnten sich auch „eine veränderte Einstellung zu Spiritualität“ und „eine neue Form und Intensität spiritueller Praxis“ ergeben. Es werden Konsequenzen aufgezeigt, die sich daraus für die Praxis der Kirche ableiteten.

Perspektive des Neuanfangs

Die „Perspektive des immer wieder möglichen Neuanfangs“ habe „nichts mit der Propagierung eines ideologisch aufgeladenen Leitbildes der ‚Fitness bis zum Tode‘ zu tun“. Letzteres laufe ohnehin Gefahr, nur auf einige wenige Ältere zuzutreffen und alle anderen, „die nicht mithalten können, an den Rand zu drängen“. Nicht um eine „bis ins Letzte getriebene Fitness und Aktivität“ gehe es, „sondern um die Entfaltung des eigenen älter werdenden Lebens aus der Gelassenheit und – nicht zuletzt – aus dem Humor des Glaubens“. Die „Perspektive des Neuanfangs“, des „neu werden können“, des schöpferisch Seins und des Initiative Ergreifens dürfe aber nicht auf die geistliche Dimension reduziert werden. Diese Perspektive dränge „nach außen“, in die Gestaltung der Lebensverhältnisse hinein. „Weil auch im Alter stets Neues möglich ist, hat das Alter schöpferische Potenziale, die allen zugute kommen können. Die mögliche Entfaltung dieser kreativen Potenziale sollte durch die Lebensbedingungen der älteren Menschen unterstützt werden.“

Aus dem christlichen Verständnis von Autonomie und Angewiesenheit folge „sozialethisch der Einsatz für eine Kultur der fürsorglichen, solidarischen Kooperation, in der die Menschen aller Altersphasen – auch die älteren – stets zugleich als Gebende und als Empfangende einbezogen sind“. Eine in diesem Sinne gerechte Gesellschaft bedürfe der Bemühungen aller, „eine institutionelle Grundstruktur aufrechtzuerhalten, in der die Bezoogenheit der Menschen und insbesondere der Generationen aufeinander auf Dauer gesichert wird“. Weit mehr noch als früher gelte heute, „dass die Beziehungen der Generationen keine Einbahnstraßen sind“. Es gebe viele Potenziale der Älteren, die auch den Jüngeren zugute kommen sollten. Zu nennen sei hier vor allem die Fürsorglichkeit, „die sich in der Bereitstellung von emotionalen, zeitlichen und materiellen Ressourcen“ zeige. Eine humane Gesellschaft erweise sich darin, dass „gegenseitige Angewiesenheit aller aufeinander nicht nur akzeptiert und hingenommen, sondern bewusst bejaht und gelebt wird“.

Für eine Gesellschaft der Begegnungen und der Teilhabe

„Wahrhaftige und offene Begegnungen sind ein wichtiges Element für die Entwicklung des Menschen in allen Phasen des Lebenslaufs – auch im hohen und sehr hohen Alter. Gerade das gemeinsame Handeln regt zu schöpferischen Prozessen im Menschen an. Begegnungen können die Erfahrung vermitteln, angenommen zu sein, teilhaben zu können und mit den eigenen Fähigkeiten gebraucht zu werden.“ Bei vielen Menschen vollziehe sich im Alter „eine zunehmende soziale Neuorientierung, die dazu beiträgt, dass oberflächliche soziale Beziehungen aufgegeben und Beziehungen, die subjektiv als bedeutsam empfunden werden, vertieft werden“. Diese soziale Neuorientierung gehe bei einem Teil der älteren Menschen mit stärkerer Hinwendung zu Familienangehörigen einher, „insbesondere auch mit einer zunehmenden Identifikation mit den Zielen und Schicksalen von Kindern und Enkeln“. Doch sei die Begegnung der Generationen, die für Menschen im höheren und hohen Alter persönlich bedeutsames Anliegen werde, „mehr als die Begegnung in der Familie“. Sie schließe ausdrücklich auch die Begegnung mit Freunden, Bekannten und Nachbarn sowie mit Menschen in Vereinen und Organisationen ein. Der Kirche, insbesondere dem Leben in der Gemeinde, komme ein besonderes Gewicht für die soziale Teilhabe zu.

Betreuungs- oder Pflegebedarf eines Menschen dürfe nicht die Möglichkeit einer Teilhabe in Lebensbereichen ausschließen, die für ihn persönlich bedeutsam sind. Soziale Teilhabe von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen sei in vielen Fällen „an emotionale und alltagspraktische Unterstützung gebunden“, die ihnen dabei hilft, „erhaltene Fähigkeiten zu erkennen und zu nutzen, bestehende Einschränkungen zu kompensieren, nicht mehr erreichbare Ziele aufzugeben und bleibende Verluste anzunehmen“. Ausgehend von einem „grundlegenden Recht auf Achtung der Menschenwürde und auf soziale Teilhabe“ sei das Vorliegen von Betreuungs- und Pflegebedarf „gleichbedeutend mit einer gesellschaftlichen Verpflichtung, die notwendigen Unterstützungsleistungen zu gewähren; Bedürftige sind in diesem Verständnis immer zugleich Berechtigte.“ Gerade bei Demenzkranken bestehe die Gefahr, „dass noch vorhandene Kompetenzen übersehen werden“.

Pflege als gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Vielen Menschen scheine es nur schwer vorstellbar, einmal selbst in eine Situation zu geraten, in der sie auf Pflege durch andere Menschen angewiesen sind und in der selbstständigen Lebensführung an Grenzen stoßen. Eine „grundlegende gesellschaftliche

Herausforderung" lasse sich deshalb wie folgt umschreiben:

„Die öffentlich geführte Auseinandersetzung mit dem Älterwerden darf Fragen der Verletzlichkeit des Menschen genauso wenig ausklammern wie die möglichen Stärken und Kompetenzen im Alter. Erst wenn es unserer Gesellschaft gelingt, die mit Pflegebedarf verbundenen Grenzen des Menschen offen zu kommunizieren und die Versorgung und Begleitung dieser Menschen zu einer allgemein anerkannten kollektiven Aufgabe zu machen, wird auch auf Seiten des Einzelnen die Bereitschaft wachsen, sich intensiver mit diesen Risiken des langen Lebens auseinanderzusetzen.“

Aus ihrer Analyse der „häuslichen Pflegearrangements“ und der Tendenzen im Bereich der häuslichen Pflege leiten die Autoren eine Reihe von Rahmenbedingungen ab, die pflegende Angehörige und die „informellen Netzwerke“ besonders dringend benötigen:

- mehr gesellschaftliche Anerkennung,
- den flächendeckenden und zügigen Ausbau wohnortnaher niedrigschwelliger Unterstützungsangebote,
- Begleitung und Unterstützung durch die Kirchengemeinden,
- Aufbau eines Systems von vernetzten Versorgungsformen,
- bedarfsgerechte Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen,
- unabhängige und umfassende Pflegeberatung,
- die Möglichkeit, über ihre Vorstellungen von einem „guten“, persönlich sinnerfüllten Leben in Grenzsituationen sowie über Anforderungen, die sich daraus für die Pflege ergeben, zu sprechen,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit,
- Unterstützung durch die Betriebe und Arbeitgeber,
- Verbesserung der Alterssicherung für pflegende Angehörige.

Die Bereitschaft, in eine angemessene Pflege zu investieren, „ist in unserer Gesellschaft gering ausgeprägt“. Die finanzielle Situation der Pflegeeinrichtungen führe dazu, „dass die Zeit für die notwendige Pflege immer stärker beschnitten“ werde. Die Zeitknappheit führe dann dazu, dass die pflegebedürftigen Menschen „oft nicht mehr als Person in der Pflegebeziehung ernst genommen werden können, sondern zum Objekt der Verrichtungen werden“. Viele Pflegekräfte litten darunter, „nicht mehr als beziehungsorientierte Menschen wahrgenommen, sondern als Pflegewerkzeug eingesetzt zu werden“. Dadurch entstehe „jenes inhumane Zerrbild der Pflege, das die Medien – teils zu Recht – zeigen“.

Für die Zukunft der Pflege werde es „entscheidend sein, welche Reputation Pflege künftig haben wird“. Es sei „immer noch die Tendenz erkennbar, hauptsächlich mit der Medizin Professionalität zu assoziieren“. Mit Blick auf die Pflege würden hingegen immer noch Charakterisierungen gewählt, „die vorwiegend die menschenfreundliche Haltung, hingegen weniger die Professionalität in das Zentrum stellen“. Auch im Pflegebereich würden in Zukunft „vermehrt unterschiedliche Berufsgruppen“ mit differenziertem Bildungsniveau nötig sein. Sie müssten angemessen entlohnt werden und „aus einem ganztägigen

Arbeitsverhältnis auch ein Einkommen beziehen, das den hohen Anforderungen des Berufs entspricht".

Neue Konzeption kirchlicher Altenarbeit erforderlich

Auch wenn sich die kirchliche Altenarbeit durchaus „sehen lassen“ könne, sei hierfür doch ein neues inhaltliches und strukturelles Gesamtkonzept erforderlich, das „von einer differenzierenden und generationenübergreifenden Sicht des Alters ausgehen“ müsse und keine Altersgruppe ausgrenzen dürfe.

Nicht wenige hofften, „dass ihre Kirche sie im Alter nicht im Stich lässt“. Dies stelle Kirchengemeinden vor neue Herausforderungen. Die Gemeinden seien zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften dazu aufgefordert, „nach Möglichkeiten neben der Alternative von stationärer und häuslicher Pflege zu suchen“. Die Pflege ausschließlich durch Angehörige „ist auf Dauer überfordernd, die Heimpflege bei ständig zunehmendem Pflegebedarf von der Gesellschaft kaum noch zu finanzieren“. Notwendig sei deshalb „ein Umbau des Sorgesystems für Ältere“. Familien, Nachbarschaften, die Gemeinden und Kommunen bildeten eine Basis, „mit der ein Engagement auf Gegenseitigkeit aufgebaut werden könne. Dieser „dritte Sozialraum“ sei das „Feld zwischen dem privaten und öffentlichen Raum“, sei die Nachbarschaft, der „Wir-Raum“, „in dem Menschen sich kennen und bereit werden, sich gegenseitig zu helfen“. Kirche und Gemeinden könnten hier eine wichtige Rolle spielen. Viele Gemeinden entdeckten wieder, „dass diakonisches Engagement substantiell zu ihrem eigenen Auftrag gehört“.

Die Orientierungshilfe der Evangelischen Kirche in Deutschland unter dem Titel „Im Alter neu werden können. Evangelische Perspektiven für Individuum, Gesellschaft und Kirche“ (98 S.) findet sich im Internet unter der Adresse www.ekd.de/download/im_alter_neu_werden_koennen.pdf. Und über den Buchhandel kann die Druckfassung (Gütersloher Verlagshaus 2010, 96 S., ISBN 978-3-579-05912-9) zum Preis von 4,95 EUR bezogen werden.

Gesundheitswesen

Entwicklung der Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern

Mit der Einführung des Fallpauschalensystems zur Vergütung von Krankenhausleistungen im Jahr 2004 sollte erreicht werden, dass die Liegezeit in den Krankenhäusern weiter verkürzt, die Bezahlung von medizinischen Leistungen vereinheitlicht und die Kostensteigerungen für Krankenhausaufenthalte begrenzt werden. Eine Bilanz des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass seither die Verweildauer in den Krankenhäusern weiter rückläufig ist, während die Zahl der Operationen und Behandlungen deutlicher steigt als die der Patientinnen und Patienten.

Mehr Operationen

Insgesamt seien 2008 bei den rund 17 Millionen vollstationär in Krankenhäusern versorgten Patienten 41,8 Millionen Operationen und medizinische Prozeduren durchgeführt worden. Im Vergleich zu 2007 entspreche das einer Zunahme um 5,2 Prozent. Gegenüber 2005 („dem Jahr der Einführung der so genannten Fallpauschalenbezogenen Krankenhausstatistik“) habe man hier ein Plus von 15,7 Prozent verzeichnen können. Der Anteil operierter Patienten sei mit rund 40 Prozent seit 2005 nahezu gleich geblieben. Die durchschnittliche „Anzahl der Maßnahmen pro Patientin bzw. Patient“ sei seitdem von 2,2 auf 2,5 gestiegen.

Innere Medizin: Höchste Zahl der Behandlungsfälle

Der größte Teil der Patienten sei 2008 in den Fachabteilungen Innere Medizin (5,4 Millionen Fälle), Allgemeine Chirurgie (3,3 Millionen Fälle) sowie Frauenheilkunde/ Geburtshilfe (2,2 Millionen Fälle) behandelt worden. Die durchschnittliche Verweildauer der Behandelten habe in der erstgenannten Fachabteilung bei 6,5 Tagen, bei der letztgenannten bei je 4,4 Tagen gelegen. Besonders lange seien die Patienten mit 15,7 Tagen in der Fachabteilung Geriatrie verblieben. Aber auch hier habe sich wie in fast allen Fachabteilungen gegenüber 2005 die Verweildauer der Patienten verkürzt.

Häufigste Hauptdiagnose: Herzerkrankung

Herzerkrankungen seien in den Jahren zwischen 2005 und 2008 die häufigste Hauptdiagnose für einen stationären Krankenhausaufenthalt gewesen. Mit dem zunehmenden Alter der Patientinnen und Patienten sei auch die durchschnittliche Zahl der Nebendiagnosen deutlich gestiegen. „Dies spiegelt die mit dem Alter zunehmende Wahrscheinlichkeit sowohl von Mehrfacherkrankungen, der so genannten Multimorbidität, als auch von Komplikationen bei der Behandlung wider“. Im Schnitt seien im Jahre 2008 rund vier Nebendiagnosen je Fall gestellt worden.

Besonders oft abgerechnete Fallpauschalen

Trotz Geburtenrückgang war die Versorgung gesunder Neugeborener (535.900 Fälle) im Jahr 2008 die am häufigsten abgerechnete Fallpauschale. Danach folgten Speiseröhrentzündungen, Magen-Darm-Entzündungen oder verschiedene Krankheiten der Verdauungsorgane (421.400 Fälle) und Entbindungen ohne komplizierende Diagnose (339.500 Fälle). Bei Frauen zähle der Kaiserschnitt zu den am häufigsten durchgeführten Operationen: Nach den Grunddaten der Krankenhäuser habe im Jahr

2008 etwa jede dritte Frau ihr Kind im Krankenhaus durch Kaiserschnitt zur Welt gebracht. 1991 sei das nur etwa jede siebte gewesen.

Das Internet-Magazin des Statistischen Bundesamtes („STATmagazin“) zum Thema „Kaiserschnitt und Co: Operationen und Behandlungen in Krankenhäusern“ (Autorin Jutta Spindler, 3 S.) findet sich unter http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Publikationen/STATmagazin/STATmagazin,templated=renderPrint.psml_nnn=true im Internet.

Management

Risikomanagement in deutschen Unternehmen

Gut ein Jahr nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise wies das Risikomanagement vieler deutscher Unternehmen weiterhin Defizite auf. Zwar haben 60 Prozent der befragten Unternehmen die Mechanismen und Strategien zur Risikobearbeitung inzwischen angepasst oder planen zumindest Änderungen. Außerhalb des Finanzsektors verfügt aber jedes dritte Unternehmen „nach wie vor nicht über eine dokumentierte Risikostrategie“. Zudem haben vier von zehn befragten Firmen noch „keine Prozesse zum Erkennen von bislang unbekanntem bzw. nicht berücksichtigten Risiken etabliert“. Viele der Unternehmen „vernachlässigen nach wie vor schwer quantifizierbare, aber bedeutsame Risiken“. Auswirkungen von Image- und Reputationsschäden erfassen nur 55 Prozent. Compliance-Risiken (z. B. Folgen von Korruption oder Geldwäsche) bleiben bei jedem dritten Unternehmen unbeachtet. Zu diesen Aussagen führt eine Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC), Frankfurt a. M. (<http://pwc.de/>), für die 500 repräsentativ ausgewählte Unternehmen der Finanzdienstleistungsbranche, der Energiewirtschaft, der Chemie- und Pharmaindustrie, der Automobil- und weiterer Branchen befragt worden sind.

Risiken unter Kontrolle

Wenn die Unternehmen über eine „umfassende Risikostrategie“ verfügten, sei ihr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Risikomanagements „in der Regel hoch“. In der Automobilbranche hätten sich 75 Prozent, in der Chemiebranche 79 Prozent und im Finanzsektor sogar 94 Prozent der befragten Führungskräfte zufrieden mit der Performance des Risikomanagements ihres Unternehmens gezeigt. Jeder dritte Entscheidungsträger habe sich davon überzeugt gezeigt, „dass die wesentlichen Risiken ‚sicher‘ abgedeckt“ seien. Jeder Zweite der Befragten (55 Prozent) sei der Meinung, wesentliche Risiken seien in seinem Unternehmen „zumindest wahrscheinlich erfasst“. Nur zwölf Prozent hätten das Risikomanagement ihres Unternehmens als lückenhaft eingeschätzt.

Risikomanagement zufrieden stellend, aber ...

Die Leistung des Risikomanagements ihres Unternehmens in den zurückliegenden Monaten hätten die Befragten „überraschend positiv bewertet“. Dieses Umfrageergebnis werde allerdings „durch den von den Unternehmen erkannten Änderungsbedarf relativiert“. So hätten gut 70 Prozent der Befragten aus dem Finanzdienstleistungssektor ihr Risikomanagement als Reaktion auf die Krise umgestellt oder planten Änderungen. In den anderen Branchen treffe dies nur auf rund jedes zweite Unternehmen zu. Gut vier von zehn Befragten hätten angegeben, dass Risiken in ihrem Unternehmen „nunmehr anders gemessen bzw. mit neuen Modellen erfasst“ würden.

Knapp 80 Prozent der befragten Entscheidungsträger hätten der Aussage zugestimmt, dass ein gut funktionierendes Risikomanagement ein starker strategischer Wettbewerbsvorteil sei. Doch nur gut jeder Zweite wolle auch seine Investitionen in das Risikomanagement erhöhen. „Viele Unternehmen haben im Zuge der Krise zwar Schwächen im Risikomanagement identifiziert, ziehen aus den Erkenntnissen aber keine oder nur halbherzige Konsequenzen“, so Uwe Herre (Partner bei PwC und Mitautor der Studie) zur gegenwärtigen Situation. Tiefgreifende, strukturelle Änderungen planen insgesamt nur knapp 30 Prozent

der Unternehmen. Und nur jedes fünfte wolle mehr Personal für die Erfassung und Bearbeitung von Risiken bereitstellen. „Eine Optimierung der Methoden zur Risikoerkennung und –steuerung halten 29 Prozent der Entscheider für erforderlich. Im Detail sahen die Befragten unter anderem in einer besseren IT-Unterstützung Optimierungspotenzial.“

Risikobewusstsein und –verantwortung aller Beschäftigten

Viele der befragten Unternehmen hätten erkannt, „dass die Verankerung von Risikoverantwortung und Risikobewusstsein bei den Beschäftigten im ganzen Unternehmen ein wesentlicher und nachhaltig wirkender Faktor ist“. Und 30 Prozent der Befragten hielten die Entwicklung einer entsprechenden Risikokultur für „die wichtigste Aufgabe der kommenden zehn Jahre“.

Offenheit für neue Risiken

Da auch das beste Risikomanagement die Risiken nicht völlig ausschließen könne, sei es wichtig, „dass Risiken frühzeitig erkannt und gesteuert werden“, erklärt Jörg Tüllner (Partner bei PwC und Mitautor der Studie). „Die Finanzkrise hat deutlich gezeigt, dass auch die besten Methoden zur Risikobearbeitung wenig ausrichten können, wenn das System neue Risiken nicht oder erst zu spät erkennt. Wesentliches Qualitätsmerkmal eines Risikomanagementsystems ist daher seine Offenheit für bislang nicht identifizierte Risiken.“ Derzeit seien nur etwa 55 Prozent der Befragten der Ansicht, das Risikomanagement ihres Unternehmens verfüge über die entsprechenden Mittel und Methoden, um neue, bisher dem Unternehmen nicht bekannte Risiken zu erkennen.

Ganzheitliches Risikomanagement

Als Konsequenz aus der Krise strebten zwei von drei Befragten, die Änderungen durchgeführt haben oder planen, ein ganzheitliches Risikomanagementsystem an. Die Risiken sollten „nicht mehr isoliert, sondern in ihren Wechselwirkungen identifiziert und bearbeitet werden“. Mittlerweile räume jedes zweite Unternehmen derartigen Wechselwirkungen im Risikomanagementsystem „einen hohen oder sehr hohen Stellenwert“ ein. Nur in knapp jedem zehnten Unternehmen würden die Risiken „weiterhin (eher) isoliert betrachtet“.

Risikomanagement ist Chefsache

Risikomanagement sei in den meisten der befragten Unternehmen „auf der obersten Hierarchieebene angesiedelt“. Bei neun von zehn Befragten sei hierfür der Vorstandsvorsitzende bzw. Geschäftsführer, der Finanzvorstand oder aber – in vier von zehn größeren Unternehmen – ein extra berufener „Chief Risk Officer“ verantwortlich. In kleineren Unternehmen liege diese Verantwortung häufig beim CEO.

„Die zentrale Überwachung ist eine wesentliche Voraussetzung für ein effektives Risikomanagement. Gleichzeitig muss jedoch auch gewährleistet sein, dass alle Unternehmensbereiche ihre relevanten Risiken kennen“, kommentiert Autor Uwe Herre die Umfrageergebnisse. Bei neun von zehn Unternehmen sei diese „Grundbedingung bereits erfüllt“. In der Automobil- und Chemiebranche allerdings werde das Risikomanagement bei fast jedem achten Unternehmen dezentral gelenkt.

Die Studie von Uwe Herre, Jörg Tüllner (PwC) „Krise. Risiko. Management. Welche Konsequenzen ziehen deutsche Unternehmen aus der Wirtschaftskrise? (24 S.) kann kostenlos bestellt werden unter der Internet-Adresse: www.pwc.de/de/studie-risikomanagement.

Umwelt

Regionaler Klimaatlas für Deutschland

Die vier Regionalen Klimabüros der Helmholtz-Gemeinschaft, Berlin (<http://www.helmholtz.de/>), haben einen Regionalen Klimaatlas für Deutschland erarbeitet, der über mögliche Veränderungen durch den Klimawandel auf regionaler Ebene informieren soll. Unter www.regionaler-klimaatlas.de könnten sich jetzt sowohl die interessierte Öffentlichkeit als auch Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft detailliert über Klimaszenarien für die deutschen Bundesländer informieren. Der Regionale Klimaatlas Deutschland soll fortlaufend aktualisiert und weiterentwickelt werden. Bisher seien für den Klimaatlas neben eigenen Berechnungen auch Modellrechnungen anderer wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland ausgewertet worden. Die „räumliche Auflösung“ der Klimarechnungen liege zwischen 50 und 10 km.

Trend zur Erwärmung ungebrochen

Trotz des kalten Winters bestehe der Trend zur Erderwärmung fort. Aber die Klimaveränderungen könnten sich bis zum Jahr 2100 regional sehr unterschiedlich ausprägen, konstatieren die Klima-Experten der Helmholtz-Gemeinschaft. So werde z. B. die Erwärmung im Jahresdurchschnitt in Baden-Württemberg mit 2,2 bis 6,3°C am stärksten bemerkbar sein. In Schleswig-Holstein könne die Erwärmung mit 2 bis 4,4° C vergleichsweise schwächer ausfallen. Dafür müssten die Einwohner in Schleswig-Holstein aber „mit der bundesweit höchsten Niederschlagszunahme im Jahresdurchschnitt rechnen“.

Zunahme der Niederschläge und Stürme

Im Rahmen natürlicher Schwankungen könne es auch in Zukunft kalte Winter geben. Diese würden jedoch seltener. Die Klimarechnungen wiesen außerdem auf eine flächendeckende Zunahme des Winterniederschlags hin. Dieser werde jedoch „wahrscheinlich größtenteils in Form von Regen fallen“. Am stärksten können die Winterniederschläge bis Ende des Jahrhunderts in Bayern (bis zu 75 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (bis zu 63 Prozent) zunehmen. Bis Ende des Jahrhunderts rechne man außerdem bundesweit mit einer Zunahme der Sturmstärken. „Am stärksten betroffen ist auch hier Mecklenburg-Vorpommern, wo sich Stürme um bis zu 13 Prozent intensivieren können.“ Ein Sturmtief, wie das Tief „Daisy“, das im Januar 2010 an der deutschen Ostseeküste zum Teil schwere Sturmfluten und starken Seegang hervorgerufen hat, könne „bis Ende des Jahrhunderts noch um 10 bis 15 Stundenkilometer stärker ausfallen“.

Der „Regionale Klimaatlas Deutschland“ mit Hintergrundinformationen zur Datenlage, Anleitungen für die Nutzer und Suchmöglichkeiten in einem Glossar findet sich unter www.regionaler-klimaatlas.de im Internet. Kontakt zu den Regionalen Klimabüros in der Helmholtz-Gemeinschaft kann per E-Mail unter der Adresse: info@regionaler-klimaatlas.de aufgenommen werden.

Kommunikation

Studie zur Verschmelzung von realer und virtueller Welt

Das Internet gehört fest zum Alltag der meisten Menschen. In vielen Bereichen sind die virtuelle und die reale Welt bereits eng verschmolzen. Mit neuen Verbindungen zwischen Arbeit und Freizeit, Bürgern und Staat, Wirtschaft und Verbrauchern verändert das Internet unser Leben massiv. Das sind Leitthesen der Studie „Connected Worlds“, die Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Präsident des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien BITKOM, Berlin (<http://www.bitkom.org/>), auf der diesjährigen Messe CeBIT in Hannover vorgestellt hat.

71 Prozent nutzen das Internet

Die jungen und mittleren Altersgruppen seien „zu mindestens 90 Prozent online“. Für junge Menschen bis 29 Jahre sei das Internet heute das „Medium Nummer 1 – weit vor Radio, Fernsehen, Zeitungen und Büchern“. Auch die 50- bis 64-Jährigen nutzten mehrheitlich (zu 62 Prozent) das Internet.

Der „durchschnittliche Internet-Surfer“ nutze das Netz 140 Minuten am Tag, also fast zweieinhalb Stunden. Die junge Generation bis 29 Jahre sei sogar rund 200 Minuten im Internet, fast dreieinhalb Stunden. „Sechs von zehn Deutschen können sich ein Leben ohne das Internet nicht mehr vorstellen. Bei den Jüngeren sagen das neun von zehn. Wenn man bedenkt, dass das WWW erst seit gut 15 Jahren von breiteren Bevölkerungsschichten genutzt wird, ist das ein enormer Wert.“

Der „digitale Graben zwischen Onlinern und Offlinern“ habe sich weiter nach hinten verschoben. Die meisten Senioren ab 65 habe das Internet noch nicht erreicht. Es werde nur von jedem Dritten dieser Altersgruppe (32 Prozent) genutzt. „Hier haben wir eine wichtige Aufgabe, denn gerade Ältere können besonders stark vom Internet profitieren. (...) Wir müssen im Internet alle auf Augenhöhe bringen, alle Generationen miteinander vernetzen, auch das gehört zu einer ‘Connected World‘“, forderte Scheer.

Vorteile in Beruf und Freizeit

62 Prozent der Nutzer hätten (nach eigenem Bekunden) mit Hilfe des Internets ihre Allgemeinbildung verbessert, 51 Prozent ihre berufliche Bildung. Fast ebenso viele (44 Prozent) hätten über das Internet auch wichtige Kontakte für den Job geknüpft. „Das Internet ist nicht nur eine Wissensquelle, sondern auch ein soziales Medium par excellence“, konstatierte Scheer. 57 Prozent hätten mit Hilfe des Internets bestehende Freundschaften auffrischen können, 36 Prozent neue „gute Freunde kennen gelernt“. Einen Boom lege das „Internet als Partnerbörse“ hin: 18 Prozent aller Nutzer ab 14 Jahren, das seien rund neun Millionen Menschen, hätten über das Internet „einen festen Partner kennen gelernt“. 13 Prozent berichteten von „erotischen Bekanntschaften“.

Aber in dreierlei Hinsicht unterscheidet sich das Internet von der realen Welt: „Erstens: Unsoziales Verhalten wird durch die Distanz erleichtert. Wer seinen Mitmenschen nicht ins Gesicht sehen muss, traut sich mehr, im Zweifel auch Ungutes. Zweitens: Beleidigungen im Web können stärker wahrgenommen werden und verletzen, weil sie schriftlich festgehalten und nicht nur ‘so dahingesagt’ werden, und weil es mehr Zeugen gibt. Drittens: Es gibt mehr Ansätze, zu reagieren, als auf der Straße oder dem

Schulhof. Kriminelles Verhalten kann leichter bewiesen werden, Störer können aus Communities ausgeschlossen werden. Und einzelne Nutzer lassen sich vor unerwünschten Nachrichten schützen“.

Jeder Vierte würde seinen Körper vernetzen lassen

Laut den Untersuchungsergebnissen wären 23 Prozent der Deutschen bereit, „einen Computerchip im Körper zu tragen“, wenn es bestimmte Vorteile verschaffe. Das sei natürlich „ein extremes Beispiel“ dafür, wie weit die Vernetzung in der Vorstellung mancher Menschen gehen könne. Bei einem solchen Szenario wären allerdings auch „eine schnellere Rettung im Notfall oder mehr Sicherheit“ möglich. Und fünf Prozent aller Deutschen würden sich sogar für den „bequemeren Einkauf einen Chip implantieren lassen, wenn solche Angebote verfügbar wären“. Ein RFID-Chip unter die Haut erscheine vielen also gar nicht mehr so schlimm. Das sollte es aber, „weil tatsächlich das alltägliche Verhalten über Handys, Netz, Überwachungskameras, GPS-Geräte und bargeldlosen Transaktionen immer besser durchschaubar ist. (...) Das Einverständnis, auch noch wie ein Tier gechipt zu werden, ist eine Unterwerfung unter das scheinbar Unvermeidliche. Allmählich wäre es an der Zeit, ein Lob auf das Verstecken, die Heimlichkeit, die Anonymität und die Maske zu singen – vielleicht auch auf einen vorübergehenden Ausstieg aus der vernetzten Welt und ihren Leinen“, merkt hier Florian Rötzer an, der im Magazin „TELEPOLIS“ über diese Studie berichtet (<http://www.heise.de/tp/blogs/6/147174>).

Berufs- und Privatleben sind nicht mehr klar trennbar

Bis zu 85 Prozent der Berufstätigen seien – dank der modernen Kommunikationstechnik – „auch in ihrer Freizeit für Chefs, Kollegen oder Kunden erreichbar“. Die Stechuhr habe also ausgedient. Und gleichzeitig nutzten 43 Prozent aller Berufstätigen das Internet während der Arbeit privat. „Arbeitgeber sollten diese Verschmelzung positiv anerkennen und in der Unternehmenskultur umsetzen“, meint Scheer. „Wir raten, interne Regeln für Erreichbarkeit und private Internet-Nutzung zu formulieren und mit den Mitarbeitern zu besprechen. Dann können beide Seiten von der Flexibilität profitieren.“ Die immer engere Verbindung von Berufs- und Privatleben sei eine der „Kernbotschaften“ der Studie.

Veränderungen im Verhältnis von Wirtschaft und Verbrauchern

Die Kunden erhielten durch die Verbraucherportale im Internet „einen Informations-Vorsprung“. Jeder zweite Nutzer (48 Prozent) lese vor einem Kauf Bewertungen, die andere Verbraucher zu Anbietern und Produkten in das Internet eingestellt haben. Besonders intensiv verfolgten „ältere Surfer ab 65 Jahren“ solche Meinungen und Kommentare, nämlich zu 65 Prozent. In vielen Fällen werde dadurch die Kaufentscheidung beeinflusst. Noch sei es allerdings eine Minderheit besonders aktiver Nutzer (20 Prozent), die selbst solche Bewertungen abgebe.

In Zukunft werde es aber nicht nur „um Meinungsmacht“ gehen, sondern auch um Mitgestaltung von Produkten: „Bereits jeder fünfte Internet-Nutzer, 21 Prozent, will online an der Produktentwicklung beteiligt werden.“ Der Verbraucher werde durch das Internet „zum Co-Produzenten“ werden. „Es ist unsere Chance als Unternehmer, Mitarbeiter, Bürger und Kunden, die ‘Connected Worlds’ nach unseren Bedürfnissen zu gestalten“, hebt Scheer hervor.

Politik soll Chancen des Internets besser nutzen

59 Prozent der Deutschen meinten, dass das Internet in der Politik eine größere Rolle spielen solle. „Staat und Bürger können online zusammenrücken – nicht nur durch ein mehr an Information, auch durch die Beteiligung an politischer Meinungsbildung“, so Scheer. So solle zum Beispiel eine breitere Diskussion darüber stattfinden, „wie Freiheit und Sicherheit im Web vereinbar seien“. Zwei Drittel der Deutschen sagten: Die Freiheit im Netz müsse erhalten bleiben. Und fast ebenso viele forderten strengere Regeln und mehr Überwachung. Es gebe dabei Generationen-Unterschiede: Die Jüngeren seien zu 77 Prozent „für Freiheit“. Senioren hätten weniger Bedenken gegen eine Zensur. Jeder zweite Bundesbürger wolle „maximale Freiheit und maximale Sicherheit“.

80 Prozent der Bürger wollten sich – via Internet – mit Anregungen oder Beschwerden zu öffentlichen Leistungen in die Kommunalpolitik einbringen. 78 Prozent würden auf diesem Wege „Ärgernisse im öffentlichen Straßenbild“ benennen, 62 Prozent sich an Diskussionen zu Bauvorhaben am Wohnort beteiligen und 58 Vorschläge zur Verwendung von Steuergeldern auf lokaler Ebene unterbreiten.

Die BITKOM-Präsentation „Connected Worlds: Wie Lebens- und Technikwelten zusammenwachsen“ (8 S.) und der Vortrag von Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer dazu (9 S.) finden sich im Internet unter http://www.bitkom.org/de/presse/8477_62612.aspx.

Materialien

Alt, Franz / Spiegel, Peter: Gute Geschäfte

Humane Marktwirtschaft als Ausweg aus der Krise. Berlin: Aufbau Verlag 2009, 263 S., 16,95 €, ISBN 978-3-351-02707-0

Der Journalist und Publizist Dr. Franz Alt (<http://www.sonnenseite.com/>) und der Soziologe Peter Spiegel (<http://www.peterspiegel.de/>), Mitbegründer der Global Marshall Plan Initiative, Leiter des GENISIS Institute for Social Business and Impact Strategies (Berlin) und gemeinsam mit Prof. Dr. Mohammad Yunus Präsidiumsmitglied im Global Economic Network, erörtern in diesem Buch, „ob Frieden, Gerechtigkeit und Klimaschutz durch ethischen Umgang mit Geld erreicht werden können“ und unterbreiten ihre Vorschläge „für eine gerechtere Weltordnung“. Man hat es ein „überschwängliches Kampagnenbuch“ genannt, das auf ein Deutschland als „Vorreiter der weltweiten ‘Social-Business’-Bewegung“ hinziele. „Yes, we can“- antworten die Autoren darauf.

Alternative zum „Gier-Kapitalismus“

Kapitel I zeichnet facettenreich und engagiert nach, zu welchen Erkenntnissen und Erfahrungen, vor allem aber praktischen Ergebnissen in jüngster Zeit die Suche nach einer Alternative zum „Gier-Kapitalismus“ geführt hat. In den Mittelpunkt rücken sie dabei das Beispiel der von Muhammad Yunus gegründeten Grameen Bank. Das Grundkonzept der Bank trägt inzwischen eine weltweite Initiative zur Gründung von Sozialunternehmen und zur Herausbildung einer „Social-Business-Ökonomie“. Mit kritischer Offenheit wird aufgezeigt, wie Bestrebungen, mit „immer mehr Wachstum die Probleme der Gewinnstreber am Finanzmarkt“ zu lösen, die „Probleme des Klimawandels und der massenhaften Verelendung“ vergrößern und die Zukunft der nächsten Generationen aufs Spiel setzen. Muhammad Yunus beweise seit 30 Jahren, welche Chance darin liegt, wenn „Banken ihre ureigensten Interessen wieder entdecken und Geld dorthin leiten, wo es wirklich gebraucht wird: in Zukunftstechnologien, in Bildung und Umweltschutz, in die Produktion nützlicher Dinge und Maßnahmen zur Überwindung der Armut“. Die mitunter scharfe Polemik gegen „politische Unreife und Zukunftsblindheit“ und gegen eine Strategie des „Weiter so“ zielt vor allem darauf ab, dass die Menschheit endlich herausfindet, „was es heißt ein Mensch zu sein und ein Leben in Würde zu führen“ und ihr „Hiersein auf diesem Globus“ so organisiert, dass „unsere Kinder und Enkel ohne Angst vor Krieg und Hunger leben können“.

Vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt

Unternehmerische Initiativen einer „ökologischen Marktwirtschaft“ werden in Kapitel II vorgestellt und nach ihrem kreativen Potenzial für die Gesellschaft hinterfragt. Da geht es um „grüne Geldgeschäfte“, um die Nutzung der „Kraft der Sonne“ und anderer erneuerbare Energieträger, um eine nachhaltige Landwirtschaft und „grünen Konsum“ sowie um „grüne Mobilität“ in Deutschland. Mancher Leser wird erstaunt sein, was engagierte Menschen hier im Lande schon alles auf die Beine gestellt haben. Aber auch die Preise – so wird in dem Zusammenhang gefordert – sollten „die ökologische Wahrheit sagen“. Wachstum und „Gewinne um jeden Preis“ müssten vermieden werden. Das Bruttosozialprodukt könnte erweitert werden zu einem „Ökosozialprodukt“. Gebraucht würden „Maßstäbe zum Messen wahren Wohlstands und gesellschaftlicher Zufriedenheit. Das bisherige Konsumverhalten kann zu einem grünen, umweltverträglichen Konsumverhalten ermutigt werden. Der Maßstab hierfür: Intelligent statt verschwenderisch!“

Vertrauen als Schlüsselement

Kapitel III schildert im Detail, auf welchen Grundlagen das Modell „Grameen Bank“ beruht und warum sie inzwischen in 40 Ländern ihre Tätigkeit („ohne einen einzigen Flop“) entfalten kann und weiteren Sozialunternehmen kräftige Impulse verleiht. Yunus erkannte, dass „Vertrauen in die Lebenskraft der Menschen eine Schlüsselkraft“ darstellt. Vor diesem Hintergrund verleiht die Grameen Bank an Gruppen armer Menschen Kredite zu normalen Bedingungen und damit „das Wichtigste und Entscheidende überhaupt: Würde“. Kredite für den Aufbau einer eigenen Existenz – statt Almosen! Natürlich funktioniert das Vertrauen nicht ohne sein Pendant: die Verpflichtung, den Kredit auch zurückzuzahlen. „Erst dadurch ist die zwischenmenschliche Beziehung in Balance.“ Dennoch sei Yunus von der empirischen Erfahrung überrascht worden, dass Frauen ihre Kleinkredite zu 99 Prozent, Männer zu 85 Prozent zurückzahlten. Die Grameen Bank und die von ihr inspirierten Sozialunternehmen setzen, wie an vielen Beispielen gezeigt wird, auf die „unglaubliche Kreativität“ der armen Menschen und den Erfolg ihrer Projekte zur Existenzsicherung. Bisher seien bei keinem der von der Grameen Bank betreuten Projekte mehr als fünf Jahre nötig gewesen, um „selbsttragend zu arbeiten“. Das System der „Social-Business-Ökonomie“ habe seine finanzpolitische, ökologische, weltwirtschaftliche und innerbetriebliche Innovationskraft vielfach unter Beweis gestellt.

Wirtschaftswunder von unten

Das „entscheidende Wirtschaftswachstum der nächsten Jahrzehnte“, so schlussfolgern die Autoren, komme „von unten“. Wenn man „die Innovation von Yunus konsequent in ein flächendeckendes Kleinkredit-Förderprogramm umsetzen würde, könnte schon in kurzer Zeit die ‘Entwicklung von oben’ durch die ‘Entwicklung von unten’ ergänzt werden. Dadurch wären in Entwicklungsländern ein konstantes **zusätzliches** Wirtschaftswachstum und ein **stabiles Fundament** von Selbstständigen und einer wachsende Mittelschicht gewährleistet.“ Auf dieser Erkenntnis baut das strategische Konzept eines „Global Marshall Planes“ für ein flächendeckendes globales Netz von Kleinkreditsystemen auf.

Das Erklärungsmuster „einer auf Wettbewerb beruhenden Marktwirtschaft“ greife zu kurz. Oft werde auch übersehen, dass neunzig Prozent der Menschheit „noch immer in völlig anachronistischen Beschränkungen gefangen gehalten werden“. Die bürgerliche Revolution, die „Verbürgerlichung des Zugangs zu den technischen, kommunikativen und letztlich auch ökonomischen Entwicklungen“ habe viele Menschen ja noch gar nicht erreicht. Auch in den Industrieländern lebten „mindestens zwei Drittel der Bevölkerung weit von ihren lebensunternehmerischen Potenzialen entfernt“. Im Kapitel IV wird daher für eine „Vollendung der bürgerlichen Revolution“ plädiert und gezeigt, dass die „Verantwortung aller für alle“ die beste Triebkraft für eine „neue Ökonomie“ und für die Gesellschaft sei.

Mehr Sinn durch Social Business

Als Schritt in diese Richtung werden „Social Joint Ventures“ beschrieben, zu denen sich jene Global Player bereit finden, die verstanden haben, dass sie im eigenen Interesse die Palette ihrer Produkte und Dienstleistungen „konsequent auf die Bedarfe der Märkte der heute noch Armen ausrichten“ müssen. Grameen und der Lebensmittelkonzern Danone machten 2006 (mit „Grameen Danone“) im Norden Bangladeshs den Anfang. Seitdem ist das Interesse an Partnerunternehmen mit Grameen und anderen echten

Sozialfirmen stark gewachsen. Der Leser erfährt, dass sich Wasserkonzerne, Chemie- und Textilunternehmen, Software- und Informationstechnologiefirmen, ja selbst Banken und Universitäten für Joint Ventures mit den Sozialfirmen interessieren. „Social-Business-Fonds“ und „Sozialbörsen“ entstehen. Sie sollen den wachsenden Finanzbedarf der Sozialfirmen decken helfen. Die Erkenntnis, dass Sozialunternehmen für die Wirtschaft immer wichtiger werden, setze sich schnell durch. Die „Social-Business-Idee“ wecke bei immer mehr Menschen die ernsthafte Hoffnung, dass sie „ihrer Arbeit und ihrem persönlichen Einsatz eine neue Sinnhaftigkeit“ zu verleihen vermag.

Perspektiven für Deutschland

Kapitel V geht der Frage nach, wie sich in Deutschland ein „Wechsel zum Social Business“ vollziehen könnte. Eine „kritische Masse“ von Menschen, „die willens und in der Lage sind, eine neuartige soziale Bewegung in Gang zu setzen“ gebe es schon. Wichtig seien vielfältige Informationen darüber, „was gute soziale Projekte ausmacht und wie diese gegebenenfalls zu echten Sozialunternehmen werden“ können. Entsprechende Trainingsprogramme und Pionierprojekte sollten sich anschließen. Ein weiterer Schritt könne der Start eines Grameen-Programms in Deutschland sein. Ein solches Projekt eigne sich „in besonderer Weise, um eine sehr grundlegende und überfällige gesellschaftliche Diskussion in unserem Lande zu eröffnen: Wie kommen wir aus der Situation heraus, dass Millionen Menschen auch bei uns mehr oder minder als Almosenempfänger betrachtet und behandelt werden? Wie können wir sie wieder in ein aktives, selbst gestaltetes, würdevolles Leben zurückholen – in ein im umfassenden Wortsinne selbstständiges Leben?“ Auch ein „Thinktank der Zukunfts-Unternehmer“ könnte mit helfen, dass weitere Mauern fallen: „jene Mauern in unseren Köpfen (...), die uns daran hindern, endlich die Armut aus der Welt zuschaffen und die grundlegenden ökologischen und sozialen Probleme und Herausforderungen auf neue, intelligente Weise anzugehen: durch den Aufbau beziehungsweise die Förderung von Social-Business-Projekten und letztlich durch die Etablierung einer globalen ökosozialen und humanen Marktwirtschaft (...).“

Hindernisse, die den dargelegten Konzepten und Ideen im Wege stehen, sind in Rezensionen zu diesem Buch schon zur Genüge aufgelistet worden.

Impressum

Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-477

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.),
E-Mail: s.rueth@sozialbank.de

Winfried Morgenstern
E-Mail: w.morgenstern@sozialbank.de

Verlag:

BFS SERVICE GMBH
Im Zollhafen 5 (Halle 11), 50678 Köln
Telefon 0221 / 97356-160
Telefax 0221 / 97356-164
E-Mail: bfs-service@sozialbank.de

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich